Billy Six



Schuldig im Namen der Asyl-Industrie

Billy Six

Schuldig im Namen der Asyl-Industrie

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

2. Auflage November 2016
1. Auflage Oktober 2016

Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 - 299 44 01 – Telefax: 040 - 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH
Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Vorwort

„Wir schaffen das“ nun bereits seit einem Jahr. Als die dramatischen Bilder gestrandeter Migranten-Massen am Budapester Ostbahnhof im letzten September über die Bildschirme flimmerten, war das Kind bereits in den Brunnen gefallen. Angela Merkel und ihr Amtskollege aus Österreich verhinderten ein Einrennen der Grenzen durch freiwillige Kapitulation. Die Folgen werden uns noch Jahre begleiten. Der freie Autor Billy Six (29) war damals mitten im Geschehen; über Wochen hat er die Migranten-Ströme von der Türkei bis nach Deutschland begleitet. Seine Filmbeiträge von „der Flüchtlingslüge“ wurden hunderttausendfach im Netz angeklickt. Die zahlreichen Gespräche mit den Einwanderern, mit denen er Tag und Nacht zusammenlebte, waren so überzeugend, daß nicht mal die linke Journaille sich traute, Billy Six öffentlich anzugreifen. Sie schwiegen ihn tot. Und dies, obwohl dieser bereits Monate zuvor mit seinen Erfahrungen aus dem Orient und Schwarzafrika eindringlich davor gewarnt hatte, daß Millionen auf gepackten Koffern sä-

ßen. Ausgerechnet im beschaulichen Bayerischen Wald wurden ihm seine kritischen Berichte so zum Verhängnis: Statt der versprochenen Führung im neuen Asylheim von Freyung ließ der Verantwortliche Billy Six publikumswirksam von der Polizei abführen. Es war der Beginn eines monatelangen Strafprozesses wegen vermeintlichen „Hausfriedensbruchs“; ein Verfahren, das auch noch 17 Monate später weiterläuft. Mit einer ordentlichen Portion Naivität hatte der junge Autor in ein Wespen-Nest gestochen – in Freyung ist es die Stadtverwaltung, welche mit der Unterbringung von Asylbewerbern Millionen verdient. Kritische Blicke, zumal „von rechts“, mag man hier scheinbar überhaupt nicht gern. Würden die Parolen von „Willkommenskultur“, „Bereicherung der Gesellschaft“ oder „Sieg des Humanismus“ tatsächlich der Wahrheit entsprechen, müßten viele Asylheime, so wie jenes in Freyung, wohl kaum wie isolierte Hochsicherheitstrakte in der Landschaft stehen.

Joachim Siegerist
Hamburg, im September 2016

„Was wir hier machen, ist koordinierter Rechtsbruch“

Der Pizza-Laden gegenüber hat auf Käse umgestellt – „halal“, islamisch korrekt. Die Kunden der zehn Euro teuren „Margherita“ sind jene 5.000 bis 13.000 Einwanderer, die im Oktober letzten Jahres tagtäglich die slowenisch-österreichische Grenze nach Spielfeld passieren. Viel hat sich seitdem bei unseren Alpen-Nachbarn getan: Ein Zaun wird gebaut, eine Obergrenze von jährlich 37.500 Asylbewerbern geschaffen und sogar ein neuer Bundeskanzler ernannt. Zuvor jedoch regiert das „geordnete Chaos“ … drei Tage lang halte ich mich inkognito im Eingangssystem aus Zelten, Absperrgittern und Transitflächen auf, umgeben von lautem Geschrei ungeduldiger Massen, gewaltigen Müllspuren und einer zutiefst frustrierten, ja entmannten Polizei.

Eines Nachts entdecken mich zwei Beamte im „Niemandsland“; stellen mich zur Rede. Ein kurzer Schock. Wird nun der nächste Automatismus strafrechtlicher Verfolgung wegen „illegalen Auf-

enthalts" in den Abfertigungszonen der Masseneinwanderung in Gang gesetzt? Gehört haben sie davon, sagen die Polizisten, daß ein junger deutscher Journalist in Bayern wegen vermeintlich verbotenen Betretens eines großen Asylheims vor Gericht steht. Wer tatsächlich auf die Anklagebank gehöre, darüber sprechen sie erschreckend offen: Die Bundesregierungen aus Berlin und Wien. „Was wir hier machen, ist koordinierter Rechtsbruch – normalerweise gehört die ganze Bundesregierung eingesperrt", sagt einer von ihnen. „Wie können wir einem Bürger noch ernsthaft einen Strafzettel wegen zu schnellen Fahrens ausstellen?", fragt der Kollege. In diesen diskreten Momenten, da die etablierten Journalisten bereits in ihren gemütlichen Hotelzimmern schlummern, zeigt sich, wie groß die Sorge vor einer Erosion des Rechtsstaats tatsächlich ist. „Angela Merkel hat einen Flashmob ausgelöst – aber fordert nun, daß auch die anderen sich kümmern sollen." Statt illegale Einwanderer abzuweisen, organisiert die Staatsmacht in Spielfeld geordnete Abfahrten mit Bussen – nicht selten in grenznahe

Orte zu Deutschland. „Mach mal weiter“, sagen die Einsatzkräfte, ein kulanter Abschied mit Augenzwinkern.

Beinah zeitgleich stellt Anne Will am 4. November 2015 in ihrer abendlichen ARD-Diskussionsrunde die damalige österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner zur Rede, die vor wachsender Emotionalität und Aggressivität „einzelner Gruppen der Flüchtlinge“ warnt. „Ist es nicht absolut nachzusehen“, fragt Will, „daß Menschen, die sich aus großer Not auf den Weg machen, die genau leiden unter Kälte, die sich dann ausgebremst sehen, weil man ihnen die Einreise nach Österreich verweigert, daß die die Nerven verlieren?“ Zurecht macht die ober-ste Dienstherrin der Polizei darauf aufmerksam, daß es (zu jenem Zeitpunkt) zwar einen Stau, nicht aber eine Einreiseverweigerung gebe. Tatsächlich ist das mehrstündige Warten an den Lagerfeuern im Transitbereich von Slowenien nach Österreich nicht gemütlich … und doch sind die meisten Migranten immer noch in den vollen, beheizten Zelten untergebracht. Es ist die

schiere Masse in kurzer Zeit, welche die Republik Österreich überfordert. Anne Will war nicht vor Ort … und doch scheint sie auf ihren hohen Gast aus dem Ausland herabzublicken; stellt die Innenministerin entgegen der Etikette erst nach zwei deutschen Bundestagsabgeordneten als dritte der Runde vor. „Vorurteile“, darunter scheinen in der „Flüchtlingskrise“ eher die Angestellten der bundesdeutschen Systempresse zu leiden als ihre Kritiker.

In der Tat ergeben sich entlang der Balkanroute viele fruchtbare Gespräche mit sympathischen Menschen. Sehr ehrlich sprechen sie von Mann zu Mann darüber, worum es meist wirklich gehe: Nicht um Frieden und Sicherheit, sondern um ein besseres Leben in Deutschland. Vorgeschickt von der Familie; den verbreiteten Gerüchten folgend, die BRD brauche junge und dynamische Arbeitskräfte. Selbst in Syrien gibt es Orte, an denen der Krieg nicht zu spüren ist – vor allem entlang der Mittelmeerküste. Das Problem: Eine desolate wirtschaftliche Lage bei weiter steigender Bevölkerungszahl. Hinzu springen Hundert-

tausende auf den syrischen Zug auf … aus Irak und Iran, Afghanistan, Pakistan, Nord- und Ostafrika, selbst aus Indien und Bangladesch. Und natürlich aus Südosteuropa selbst.

Das Grundgesetz ist in Artikel 16a recht eindeutig – Asyl gelte für „politisch Verfolgte", und auch nicht für jenen, „wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist". Griechenland und Italien gehören dazu.

Daimler: „Freie Arbeitsplätze nicht mehr allein mit Deutschen zu besetzen"

Ebenfalls in der Sendung „Anne Will", allerdings am 7. Oktober 2015, steht Bundeskanzlerin Merkel persönlich Rede und Antwort, um das Volk zu beruhigen. Dies gelingt ihr für den Moment recht gut. Auch, weil ein gewaltiger Widerspruch in der

monoton-ruhigen Darstellung gar nicht auffällt. Das „Dublin-System“, „daß immer dann, wenn jemand an den Außengrenzen ankommt, dort der Asylantrag bearbeitet werden muß“, habe „sehr gut geklappt“. Gleichzeitig betont Merkel, daß man Italien „nicht (...) alleine gelassen habe“; die Asylbewerberzahlen in Deutschland seien seit 2012 dreimal so hoch wie beim südlichen Nachbarn. Genau dies ist jedoch Indikator dafür, daß das Dublin-Abkommen eben nicht funktioniert. Marco Pino, Regisseur der Aufsehen erregenden Dokumentation „Die Flüchtlingslüge“, benennt die EU-Reisefreiheit als objektiven Grund: „Schengen“, also die Abschaffung von Grenzkontrollen innerhalb der EU, „nimmt die einzige Möglichkeit, das Dublin-Abkommen zu kontrollieren.“

Zuletzt 2013 lautete der Amtseid der deutschen Bundeskanzlerin: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewis-

senhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Doch worum geht es wirklich, wenn die eigene Regierung bewußt Recht und Gesetz außer acht läßt – und dem Volk „das Gute" aufzwingt? Nur stückweise ließen die Eliten die Katze aus dem Sack: „Deutschland ist jetzt ein Einwanderungsland", freute sich n-tv am 07. September 2015 … sprach von „Glück, was der deutschen Gesellschaft derzeit widerfährt", da das Problem der Überalterung gelöst werden könne. Arbeitsministerin Nahles nannte die von der Industrie lange geforderte Zuwanderung einen „Segen", sprach von „600.000 freien Stellen" im Arbeitsmarkt. Daimler-Chef Zetsche wollte in Asylheimen nach Arbeitskräften suchen, und sagte: „Deutschland kann doch die freien Arbeitsplätze gar nicht mehr allein mit Deutschen besetzen." Nur schleppend thematisiert, vor allem aufgrund öffentlichen Drucks: Die nächsten Jahre in Deutschland könnten ungemütlich werden – im Kampf um Arbeit, Wohnraum und kulturelle Selbstbehauptung. Das deutsche Volk durfte weder direkt noch

indirekt über diese Gesellschaftsveränderung entscheiden … und damit dürften jene Aufwind bekommen, die schon lange fragen: „Wozu sollen wir überhaupt zur Wahl gehen?“

Die Vorbereitungen für die „Willkommenspolitik“ … ob bewußt oder nicht … liegen bereits einige Jahre zurück: Angefangen von der „Islam-gehört-zu-Deutschland“-Debatte 2010 ... über die Entscheidung des Bundes-Verfassungsgerichts 2012, Asylgelder rechtlich verbindlich auf Hartz-4-Niveau aufzustocken ... die dahingehende Vermarktung der Syrer-Kontingente von 2013, es handle sich bei der Aufnahme von über 10.000 Visa-Flüchtlingen nicht etwa um einen humanitären Gnadenakt, sondern um eine „deutsche Pflicht“ ... bis hin zur faktischen Aussetzung der Dublin-Regelungen, um die Massen vom Budapester Hauptbahnhof nach Deutschland weiterzuleiten und Syrern generell Asyl in Aussicht zu stellen.

Sarrazin: „Allermeiste trauen sich nicht mehr, Meinungen offen auszusprechen“

„Die Wirtschaft ist da ein schlechter Ratgeber“, sagt Erfolgsautor Thilo Sarrazin bei einem Hintergrundgespräch in einem schmucken Kaffeehaus von Berlin-Charlottenburg. Die Firmenlenker würden mit Blick auf billige Arbeitskräfte eben nicht die gesamtgesellschaftlichen Kosten beachten. In dieser Hinsicht ist der ehemalige Finanzsenator der Hauptstadt ganz Sozialdemokrat geblieben. „Alles, was ich in DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB geschrieben habe, hat sich nicht nur voll bestätigt, es ist weitaus schlimmer geworden“, so der 71jährige. Ruhig und sachlich wiederholt und bekräftigt er wichtige Aussagen, die er ein paar Tage zuvor bereits gegenüber der Wochenzeitung DIE ZEIT erstmals getätigt hat. Das Gespräch war unzensiert abgedruckt worden. „Mauern und Zäune sind doch gar nicht schlecht, wenn man Grenzen kontrollieren will“, sagt Sarrazin und verweist auf eine 1.800jährige Existenz der Chinesischen Mauer, 400 Jahre Rö-

mischen Limes und die englische Abriegelung der Nordsee im Ersten Weltkrieg. Er sieht den Selbstschutz als Priorität und will das Asylrecht auf politische Aktivisten und Völkermord-Bedrohte beschränkt wissen. „Ein Asylrecht wie das gegenwärtige bedeutet, daß im Grunde 80 Prozent der Weltbevölkerung wegen ihrer heimatlichen Verhältnisse bei uns sein können." Ein Wegrennen aus der Heimat würde die Probleme dort nicht mal lösen. „Singapur war im Jahr 1960 ärmer als Ghana, beide waren damals britische Kolonien, und sehen Sie, wo Singapur heute steht und wo Ghana. Das hat Singapur keiner äußeren Macht zu verdanken, sondern nur sich selbst." Um Demokratie und Meinungsfreiheit in Deutschland macht Thilo Sarrazin sich angesichts der „emotionale(n) und völlig einseitige(n) Berichterstattung" Sorgen: „Die allermeisten trauen sich vermutlich gar nicht mehr, ihre Ängste und Meinungen offen auszusprechen."

So hatte beispielsweise der linke Verleger Jakob Augstein (SPIEGEL Online, 18.12.2014) öffentlich gefordert, jenen Tausenden Bürgern, die wö-

chentlich in Dresden für PEGIDA auf die Straße gehen, „null Toleranz“ entgegenzubringen. Wer gegen eine Islamisierung des Abendlands demonstriere, so Augstein, sei „ein Idiot oder ein Rassist“. Alle Versuche, die Bewegung verstehen oder erklären zu wollen, seien falsch.

Prof. Patzelt: „Anwaltschaftlicher Journalismus hat Klima vergiftet“

Prof. Werner Patzelt von der TU Dresden stellt sich dem vorlauten Journalisten entgegen: Er halte „die unterschwellige oder offenkundige Botschaft von Augstein, grenzt die Leute einfach aus, nehmt sie nicht ernst, für kontraproduktiv“. Diese „Ignoranz“ habe PEGIDA bestärkt und einer „Radikalisierung“ in der Gesellschaft Vorschub geleistet, sagt er bei einem Treffen in seinem Uni-Büro. Die schleichende Entstehung muslimischer Parallelgesellschaften in Berlin-Neukölln oder Duisburg-Marxloh sei das tatsächliche Alarmsignal für die „Pegidianer“, nicht „daß demnächst aus der Hofkirche in Dresden eine Moschee ge-

macht würde“. „Unterm Strich“, so der 63jährige Professor aus Passau, der nach der Wende im „Elbflorenz“ gut aufgenommen worden sei, „hat sich im Lauf der Zeit die Berichterstattung über PEGIDA und die AfD, wie mir scheinen will, durchaus differenziert und objektiviert, aber die Sündenfälle des Anfangs, wo strikt anwaltschaftlicher Journalismus eigentlich als das Ideal galt; diese Sündenfälle der Anfangszeit haben das öffentliche Klima vergiftet und im Grunde wohl auch nur deshalb zu einer Selbstkritik von vielen Journalisten geführt, weil man merkte, daß die Auflagenzahlen von Zeitungen sanken, die Einschaltquoten in manchen Fernsehsendern sich reduzierten und die Journalisten selbst begriffen, daß sie sich von ihrer Kundschaft entfernt hatten.“

Der konservative Publizist und Politwissenschaftler Dr. Udo Ulfkotte (56) hält Journalisten inzwischen gar für „gekauft“. Er schreibt: „Und haben Sie eine ungefähre Vorstellung davon, wie renommierte ‚Journalistenpreise‘ vergeben werden? Da geht es im Hintergrund zu wie bei den einstigen

Ehrungen der ‚Helden der Arbeit' in der früheren DDR, da wird Propagandaarbeit ausgezeichnet. Vom Journalisten zum Propagandisten ist es nicht weit. Am Ende wird klar: Meinungsvielfalt wird jetzt nur noch simuliert. Denn unsere ‚Nachrichten' sind häufig reine Gehirnwäsche." *(wissensmanufaktur.net)*

Dr. Ulfkotte: „Mit einem Bein im Gefängnis"

Anläßlich seines jüngsten Verkaufsschlagers *„Die Asyl-Industrie – wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von der Flüchtlingswelle profitieren"* erläutert der scharfzüngige und nicht unumstrittene Autor im März 2016 beim „Liberalen Klub" im österreichischen Linz, daß „die Sozial-, Migrations- und Integrationsindustrie" in der BRD „einen Jahresumsatz von derzeit 150 bis 170 Milliarden Euro" erwirtschafte, und damit doppelt soviel wie der Weltkonzern Siemens. „Diejenigen, die davon leben, ob es diejenigen sind, die Containerdörfer bauen, die Wohnraum zur Verfü-

gung stellen, ob das die Pharmaunternehmen, die Versicherungsbranchen, die ganzen Sozial- und Betreuungsbetriebe sind, die möchten mehr haben, die möchten größer werden. Und vor allem, wenn sie sich daran gewöhnt haben." Gegenüber *„journalistenwatch.com"* konkretisiert Dr. Ulfkotte: Allein mit Hepatitis-C-Präparaten für Asylbewerber erwarte die Pharmaindustrie zweistellige Milliardenumsätze. „Und damit möglichst viele kranke Flüchtlinge möglichst schnell in den Genuß teurer Präparate kommen, wird immer wieder darüber diskutiert, für sie eine kostenlose Gesundheitskarte einzuführen, bei der die Solidargemeinschaft für die chronischen Krankheiten der Asylbewerber haftet. Allen Politikern, die das unterstützen, stehen lukrative Posten als Lobbyisten in der Pharmaindustrie offen. Und Journalisten, welche die Einführung der Gesundheitskarte für Asylbewerber medial unterstützen, werden mit hoch dotierten Journalistenpreisen geködert oder können auf Jobs in den Pressestellen der Pharmabranche hoffen. Die Bürger da draußen bezahlen die Rechnung – und ahnen es nicht."

Der 56jährige setzt fort: „Wenn man ein Buch wie dieses schreibt, dann steht man als Autor mit einem Bein im Gefängnis – nicht nur aus Sicht der mich strafrechtlich beratenden Anwälte. Und mit dem anderen Bein steht man zivilrechtlich am Rande des finanziellen Abgrundes. Je mehr Menschen dieses Buch lesen werden, umso größer wird die Gefahr. Denn jeder, der in diesem Buch in unschönem Zusammenhang namentlich erwähnt wird, kann straf- und zivilrechtlich dagegen vorgehen. Und je mehr Leser dieses Buch hat, umso höher werden die Strafen, wenn man auch nur einen kleinen Fehler gemacht hat. Genau deshalb gibt es ja im deutschsprachigen Raum kein einziges Buch, in dem Organisationen der Asyl- und Migrationsindustrie, ihre Mitarbeiter, die Profiteure in Politik und Medien und die dahinter stehenden gewinnorientierten Aktiengesellschaften und reichen Familien namentlich genannt werden. Niemand soll wissen, was da draußen wirklich hinter den Kulissen passiert. Wer es dennoch wagt, der wird weggeklagt."

Eine Verschwörungstheorie, könnte man meinen. Bis man es selbst erlebt. So wurde etwa im Dezember 2015 die österreichische Enthüllungsplattform *„dossier.at“* wegen einer filmerischen Dokumentation von Mißständen in einem Burgenländer Asylheim zu einer Gesamtstrafe von rund 2.000 Euro verdonnert. Trotz Einladung durch Asylbewerber sei auch die Zustimmung des Betreibers bei Recherche-Besuchen nötig, urteilten die Richter. Im Juni dieses Jahres untersagte ein aufgebrachter und sichtlich feindseliger Troß schwarzafrikanischer Sicherheitsmänner dem Münchner Islamkritiker Michael Stürzenberger und einem US-Filmteam sich auch nur in der Nähe der Asylunterkunft mit Bewohnern zu unterhalten.

Ronald Gläser schreibt in der JUNGEN FREIHEIT: „Der freie Zugang zu Heimen, die aus Steuergeldern betrieben werden, muß möglich sein. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren, was mit ihrem Geld geschieht. Nicht zuletzt deshalb haben Journalistenverbände mehrfach an die Politik appelliert, die Arbeit von Medienvertretern in Asylbewerberhei-

men nicht einzuschränken. So hatte der damalige DJV-Chef Michael Konken im September [2015] davor gewarnt, Asylbewerberheime abzuschotten. Er dachte dabei wohl vorwiegend an spektakuläre Fälle wie den von Torsten Schäfer-Gümbel. Der hessische [SPD-] Oppositionsführer war kurz zuvor daran gehindert worden, Journalisten in ein Asylbewerberheim zu einem Termin mitzunehmen. Offenbar ohne Ergebnis. Denn die hier genannten Fälle und weitere Erfahrungen zeigen: Der Staat versucht, Berichterstattung im Zusammenhang mit Asylbewerberunterkünften so gut wie möglich zu verhindern."

Anlaß für den Bericht des früheren Redakteurs beim DEUTSCHLAND-MAGAZIN und neuen AfD-Abgeordneten in Berlin ist ein Urteil der niederbayerischen Justiz gegen mich – ebenfalls wegen angeblichen „Hausfriedensbruchs" in einem Asylheim. Der Fall, der normalerweise als banale Landposse abgetan werden könnte, hat sich zu einem exemplarischen Vorgang entwickelt, der das Geldverdienen mit Asylbewerbern und „den Kampf gegen Rechts" als staatlich gewollte Agenda entlarvt.



Massen-Andrang am noch provisorischen Grenzwall: Migranten warten in Idomeni (Nord-Griechenland) auf die Weiterreise. (August 2015)



Sie haben es geschafft: Junge Zuwanderer im „Flüchtlings"-Zelt auf der mazedonischen Seite der Grenze. (Gevgelija, August 2015)



Niemand paßt auf: Grüne Grenze zwischen Mazedonien und Serbien. (Tabanovtse, August 2015)



Keleti, der Budapester Ostbahnhof: Die fordernden Migranten-Massen in der ungarischen Hauptstadt bewogen Merkel zur Grenzöffnung. (September 2015)



Viktor Orbáns Schutzwall, frisch erbaut – Vor-Ort-Besichtigung mit der ungarischen Armee an der Grenze zu Serbien. (Kelebia, August 2015)



Thilo Sarrazin (71), ehemaliger Berliner Finanzsenator und Erfolgsautor, sieht die Meinungsfreiheit bedroht.

Ein Blick aus der Froschperspektive, selbst erlebt und bewußt detailreich; ein Warnhinweis an alle Wahrheitssuchenden, beim Kontakt mit der Asylindustrie stets wachsam und mißtrauisch zu sein.

Die Willkommenskultur ist nur heiße Luft

Einige Tage sind vergangen. Und erneut spitzt sich die Lage zu. Wie eine Dampfwalze rückt eine mächtige Wachdame des Asyl-Sicherheitsdienstes aus; ihr Kollege kommt wenig später hinterher. Freyung im Bayerischen Wald. Hoch oben auf dem Geyersberg, ein Teil des abgelegenen 7.000-Einwohner-Orts, haben Bürgermeister und Gemeinderat als Geschäftsinvestition ein Migrantenheim für bis zu 450 Bewohner eröffnet. Zwei von ihnen unterhalten sich auf der Straße mit dem Anwohner Dr. Arnold Bölkow und dem Autor dieses Berichts. Wieder mal geht es um „enge Räume", „schlechtes Essen" und „schmutzige Korridore". Anderntags, im Gespräch mit jungen Irakerinnen, sogar um

„schlechte Behandlung durch die (Migranten-) Jungs“. Der Wachschutz-Abteilung gefallen die Auskünfte gar nicht. Von mir hängt gar ein Foto im Gebäude – als Warnung. Ich gelte als einer, der seine Nase zu tief in diskrete Angelegenheiten stecke. Die beiden jungen Männer ... einer aus Syrien, der andere aus Irak … werden zurück ins Haus beordert. Andere haben zuvor hinter vorgehaltener Hand berichtet, der Sicherheitsdienst würde nachdrücklich dazu anraten, sich nicht mit „Fremden“ (gemeint sind Deutsche) zu unterhalten, die Fragen zum Asylheim hätten. Andernfalls würden Strafen, angeblich gar die Gefahr der Abschiebung drohen.

„Wie soll Integration gelingen“, fragt Dr. Bölkow später in seiner schriftlichen Stellungnahme für die Polizei, „wenn ein Sicherheitsdienst von dem Verantwortlichen der Stadt Freyung das Recht bekommt, eine Unterhaltung zwischen einem Asylanten und einem Deutschen zu verbieten?“ Der Mediziner im Ruhestand und der aktive Journalist werden auf dem öffentlichen Gehweg festgehalten. Der Privatdienst will Ausweise und Kamera-

Aufnahmen sehen. Ganz ohne Rechtsgrundlage. Eine Polizeistreife ist wenig später vor Ort. Auch Kurgast Uwe Pfundt, gerade zufällig in der Nähe, wird kontrolliert und ausgefragt. „Das erinnert mich immer mehr an den Polizeistaat der DDR", sagt Pfund, der selbst aus Sachsen stammt. Vier Monate vorher war Fernseh-Reporter Marco Pino, Regisseur der Aufsehen erregenden Dokumentation *„Die Flüchtlingslüge"*, am selben Ort. „Ich wurde von abweisenden Männern umstellt", berichtet der 37jährige, „und mußte auf die Polizei warten."

Verantwortet wird das erbitterte Vorgehen von Herbert Graf (54). Der langjährige Hauptamtsleiter von Freyung wirkt in Personal-Union auch als Chef im Asylheim. Er sieht „Bedrohungen von Rechts"; nutzte zeitweise den städtisch bezahlten Sicherheitsdienst, um selbst sein Privathaus zu schützen. Das Polizeipräsidium Straubing hat auf eine Presseanfrage hin jedoch klargestellt, daß „in Bezug auf das Asylbewerberheim in Freyung (…) keinerlei Vorfälle bzw. Straftaten mit rechtsextremistischem Bezug bekannt" seien. Die Anwohner, Inländer wie Ausländer, sehen das

genauso. Normalerweise hinterfragt es niemand in Deutschland, wenn eine „braune Gefahr“ an die Wand gemalt wird. Und so erzählt Asyl-Chef Graf selbst vor Gericht, „rechtsradikale Gruppen mit Waffen“ hätten sein Heim bedroht. Das paßt in die Zeit. Der Beginn aller Aufregung im abseits gelegenen Bergstädtchen findet sich im April 2015 ... damals, als noch hauptsächlich junge gelangweilte Männer aus Albanien und dem Kosovo das Gesamtbild prägten, nicht Kriegsflüchtlinge aus Syrien.

Hinterhältig in die Falle gelockt

Am 23. des Monats wende ich mich gegen 12.30 Uhr als Reporter und Buch-Autor an den Empfangstresen der Heim-Lobby: Zwei Wachmänner vertrösten mich damit, auf den Presse-Verantwortlichen zu warten – Herbert Graf. Dieser ist wenig später bereits eifrig am Telefonieren. Es geht darum, die Identität des Herrn Six zu durchleuchten. Man stößt auf „Alarmierendes“: Kritische Berichte zu den Themen Islam und Zuwanderung. Reporter-Tätigkeiten für die

Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT und das DEUTSCHLAND-MAGAZIN. Entsprechend aufgebracht ist der Chef, als er schließlich gegen 14.30 Uhr eintrifft. Im Nebenzimmer kommt er zur Sache: Zu einem Gespräch sei er nicht mehr bereit … darüber hinaus werde er nun ein Strafverfahren wegen „Hausfriedensbruch" einleiten. Im Anschluß alarmiert Graf überraschend die Polizei, die mich mit ernster Miene in Gewahrsam nimmt. Erst zweieinhalb Stunden später … nach einem langen Protokoll und einer übertriebenen Prozedur der Aufnahme von Profilbildern und Fingerabdrücken, die auf Befehl „von oben" vorzeitig abgebrochen wird … darf ich die Polizei-Inspektion wieder verlassen. Erkennungsdienstlich behandelt wie ein flüchtiger Schwerverbrecher. Unglaublich.

„Gewinn machen mit der Ware Mensch"

Dr. Arnold Bölkow regt die Angelegenheit sichtlich auf. Das Schild „Rehabilitationszentrum

Haus Wolfstein“ an der Straße mit dem aufgeklebten Hinweis, nämliches Grundstück „nur mit Genehmigung des Sicherheitsdienstes“ betreten zu dürfen, stamme noch aus den neunziger Jahren ... zu einer Zeit, da der Arzt selbst noch zu Fortbildungen in der damaligen Kurklinik war. Diese wurde 1999 geschlossen – „kein Geld“. 15 Jahre stand das Gebäude leer. Im November 2014 … am Vorabend der „Asylkrise“ … schließt Eigentümer Gustav Struck, ein Immobilien-Händler und Großunternehmer, einen Handel mit Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich. Der frühere ÖDP-Politiker, der nach seinem Wechsel zur CSU als 29jähriger zum Schultheiß gewählt wurde ... zuletzt ohne Gegenkandidaten mit 94,55 Prozent ... überrascht seine Einwohner mit einem „genialen Schachzug“. Für vier Millionen Euro kauft seine verschuldete Stadt den gigantischen Betonklotz auf. Die niederbayerische (Bezirks-) Regierung bietet 38 Euro pro Tag für die Unterbringung von Asylbewerbern – 13.870 Euro im Jahr. Dr. Heinrich kalkuliert die jährlichen Fixkosten für ein Asylheim auf 3,5 Millionen

Euro; die Einnahmen dagegen auf 4,85 Millionen. Nach seiner Rechnung spült ihm jeder Zuwanderer einen Reingewinn von 3.870 Euro in die Kasse. Selbst der DEUTSCHLAND-FUNK kommentiert: „Gewinn machen mit der Ware Mensch.“ (27.03.2015)

Im Namen seines (formal) Vorgesetzten widerspricht Asylheim-Geschäftsführer Graf: Es ginge nur darum, die Ausgaben wieder hereinzuholen … und im übrigen bis Ende 2016 das Gebäude abermals an einen interessierten „Privatbetreiber, der zu finden ist“ zu verkaufen. Fernes Ziel sei ein Hotel … der alte Traum, der auf dem Geyersberg-Gelände seit den 70er Jahren nicht verwirklicht werden konnte. Gelänge das Vorhaben wieder nicht, würde Freyung auf tiefroten Zahlen sitzenbleiben … und endgültig abhängig sein von den Asylanten-Zuweisungen der Erstaufnahmestelle Deggendorf. Der junge Bürgermeister mag auf das einstimmige Votum seines Gemeinderats verweisen, welches nach Abschluß von Verhandlung und Planung in geheimer Sitzung erfolgt ist. Und doch ist er verantwortlich

dafür, das Schicksal seiner 7.083 Einwohner an den wirtschaftlichen Erfolg eines Asylheims geknüpft zu haben. „Immerhin“, so meint Geschäftsführer Graf, „haben wir verhindert, daß private Glücksritter wie Heuschrecken über Freyung hergefallen sind.“

Dabei gibt sich Vorbesitzer Struck am Telefon ganz zufrieden, die Anlage losgeworden zu sein. Und das, obwohl er selbst mehrere Asylprojekte unternehmerisch betreibt. „Der Standort Freyung ist jetzt voll“, hatte der Landkreis noch im Monat vor Vertragsunterzeichnung erklärt – mit Blick auf die bereits erfolgte Einquartierung von Eritreern und Afghanen im Stadtzentrum. In den dezentralen Unterbringungen sind privater Kantinenservice, Reinigungs- und Sicherheitsdienst nicht vonnöten. Und der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung ist weitaus stärker gegeben. Von Verfahren wegen Hausfriedensbruchs oder rechten Bedrohungen hat hier noch niemand gehört. Dr. Arnold Bölkow kritisiert zu Recht, daß es oben vor dem Massenlager weder Klingel oder Sprechanlage, noch Telefon-Nummer oder auch

nur einen Briefkasten gibt. „Man würde also zur Kontaktaufnahme zum Sicherheitsdienst an der Anmeldung des Asylantenheimes gehen müssen und sich dabei zwangsweise strafbar machen.“

„Kindergarten“, „Schauprozeß“, „königlich-bayerisches Theater“

Richter Klaus Fruth (42) vom Freyunger Amtsgericht beirrt das alles nicht. Dem Strafantrag des Asylheim-Geschäftsführers folgend, eröffnet er einen Prozeß, nachdem die (politisch weisungsgebundene) Staatsanwaltschaft ein „öffentliches Interesse“ zur Anklage bejaht hat. Es beginnt eine Verhandlungsserie, die sich unerwartet schleppend über Monate hinziehen wird. Beim Eröffnungstermin im September 2015 fehlen die beiden Zeugen der Staatsanwaltschaft ... Herr Graf und sein Adlatus, der Wachmann Michael N. … „unentschuldigt“. Richter Fruth vertagt. Ob er wohl „zu faul“ gewesen wäre, hält mein Rechtsanwalt, Bernd Roloff aus Hamburg, Herrn N. wütend entgegen, als beide im November zum

zweiten Verhandlungstermin aufeinandertreffen. Jetzt schaltet sich Herbert Graf ein … und will den Verteidiger allen Ernstes „wegen des Verdachts der Beleidigung“ der Polizei vorführen. Ein Ansinnen, das schnell abgeblasen wird, um die angespannte Situation nicht völlig eskalieren zu lassen. Zuvor hatte sich bereits Richter Fruth gekränkt gefühlt … und ohne Ankündigung die Verhandlung minutenlang verlassen. Als Rechtsanwalt Roloff seinerseits mit der Abreise droht, sucht die Protokollantin den verschwundenen Vorsitzenden. Dieser macht klar, daß er nicht gewillt sei, einen peinlichen Fauxpas vom letzten Mal zu thematisieren. Damit meint der 42jährige Jurist nicht etwa den Umstand, daß sein Gericht selbst die ordnungsgemäße Einladung der Zeugen vergessen hat … sondern die Aktivität der PASSAUER NEUEN PRESSE. Diese hatte heimlich ein Foto vom Prozeß geschossen, obwohl dies in Deutschland streng verboten ist. Ich selbst war akribisch durchsucht worden; mußte Kamera und Mobiltelefon am Eingang abgeben. Die Regionalzeitung konnte ihr Bild dagegen am

Folgetag abdrucken. Richter Fruth will nichts davon mitbekommen haben.

Zuschauer beschreiben den gesamten Ablauf als „Kindergarten", „Schauprozeß" oder „königlich-bayerisches Theater"; ein Spiegel der Emotionen. Ausdruck der Fassungslosigkeit, daß Richter Fruth nicht für einen Moment Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Verfahrens hegt. Nüchtern hält auch Rechtsanwalt Bernd Roloff das Verfahren für an sich „völlig unverhältnismäßig". In Hamburg wäre der Vorgang „keiner Rede wert. Es wären auch nicht mal Ermittlungen aufgenommen worden." Als besonders problematisch wertet der hanseatische Advokat, daß der Richter die Rolle des durchgängig schweigenden Staatsanwalts gleich mit übernommen habe. In „suggestiver Form" habe er den einzigen Belastungszeugen dazu getrieben, seine eigene „diffuse" Aussage zu relativieren. Während sich Wachmann Michael N. in freier Rede vor allem an das „angenehme Gespräch mit Billy Six" am überfüllten Tresen erinnert, und der Bitte, sich später nochmals am Empfang zu melden … habe Richter Fruth

schließlich selbst die Vorgabe geliefert, um eine Verurteilung überhaupt zu ermöglichen. „Nachdem ihm einer gesagt hatte, was er gesagt hatte – oder ihm vorgemacht hatte, was er gesagt hatte – da hat er es dann nochmal so wiedergegeben." Heißt: Angeblich wäre ich am 23. April 2015 mehreren Aufforderungen nicht nachgekommen, das Gebäude zu verlassen. Und die Hinzuziehung der Polizei somit ein Notakt gewesen. Angesichts einer solchen Konstruktion müßte man tatsächlich von Hausfriedensbruch sprechen. Rechtsanwalt Roloff: „Das Gericht hat in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht bei der Erforschung des Sachverhalts versagt." Darüber hinaus „deutet einiges darauf hin", daß es sich hierbei um ein politisch motiviertes Verfahren handle: „Wenn Sie für den Schwarzwälder Boten geschrieben hätten, dann wären Sie sicherlich hier nicht angeklagt", gibt er mir auf den Weg. Und kritisiert, daß sogar heimlich gemachte Asylheim-Aufnahmen in der „Tagesschau" gesendet würden – ganz ohne Konsequenzen.

„Ganz seltsame eigene Gesetze“

Doch die Öffentlichkeit ist mittlerweile wach geworden. Zur dritten Verhandlung im vergangenen Dezember … bei der die Chefs des privaten Sicherheitsdienstes vernommen werden … haben sich neun Bürger unter Leitung der AfD-Kreisvorsitzenden Ursula Bachhuber zu einer Mahnwache vor dem Amtsgericht versammelt. „Wir kämpfen für einen freien Journalismus“, sagt die Medizinerin, „und für Meinungsfreiheit“. Das Vorgehen der Behörden im Fall Six könne sie nicht nachvollziehen. Derweil stauen sich die Zuschauer bis auf den Korridor. Selbst Kameramann Jörg Becker von „Odenwald-Film“ ist vor Ort; ebenso Fritz Zirngibl aus der Nähe von Regensburg, der stellvertretende Vorsitzende der „Bayernpartei“. Den Menschenauflauf nutzt der 61jährige, um vor der Öffentlichkeit die Wiedereinführung der bayerischen Grenzpolizei zu fordern. Die aktuellen Außenkontrollen der Bundespolizei bezeichnet der in traditioneller Tracht Gekleidete als „Kasperle-Theater ohne Ende“; Horst Seehofer sei nur „ein Schoßhunderl´ von der Merkel“. Im Gerichtssaal erkennt er sein

gutes altes Bayernland nicht mehr wieder. Unter Polizeischutz verkündet Klaus Fruth sein Urteil: Der „Hausfriedensbruch“ des Billy Six wäre erwiesen; ich müsse 300 Euro Geldstrafe entrichten … ersatzweise zehn Tage Haft … und auch die vielfach höheren Kosten des Verfahrens übernehmen. Zirngibl spricht von einer „Farce“. „Na, eigentlich ist´s in Bayern net´ normal, weil Bayern is jo´a eigentlich bekannt für soa´ne Toleranz. Wir sagen ja leben und leben lassen. Aber däs, was zurzeit in der Flüchtlingspolitik abgeht, da so´an so ganz seltsame eigene Gesetze am Laufen.“ In der Immobilienbranche herrsche derzeit „Goldgräber-Stimmung“; nur wenige profitierten von den steigenden Mieten als Folge der Massen-Zuwanderung. Und diejenigen wüßten ihre Pfründe zu verteidigen, so der erfahrene Kommunalpolitiker und Häusermakler.

Zirngibl weiter: „Es hat ja der Richter so betont, daß Sie keine Geschenke dabei gehabt haben.“ Er werde deshalb ab sofort bei Besuchen in lokalen Asylheimen stets seinen Leberkäse als Präsent mitbringen, kommentiert Fritz Zirngibl mit bissigem Schmunzeln. Tatsächlich hat Richter Klaus

Fruth in seiner Urteilsbegründung festgestellt, daß der offizielle Aufruf über die PASSAUER NEUE PRESSE vom 16. Februar 2015, Spenden „jederzeit in der ehemaligen GESA-Klinik bei der Heimleitung oder dem Sicherheitsdienst abzugeben“ (S. 25) zwar für alle Bürger gelte – allerdings nicht für Journalisten, die ausschließlich einen Besuchsantrag stellen wollten. Die Zeugen des Sicherheitsdienstes haben bestätigt, wie massiv der Besucher-Andrang in der Lobby tatsächlich sei: Neben Hunderten Migranten gingen Freunde, Zulieferer, Spender und sich beschwerende Anwohner täglich ein und aus. Jeder von ihnen läßt sich unbewußt auf eine Art „bayerisches Roulette“ ein – wer angezeigt wird, entscheidet letztlich der Geschäftsführer.

Beweismittel vernichtet, Zeuge belohnt, Ärger in der Luft

Er war es auch, der die Aufnahmen der Überwachungskameras besaß, die den tatsächlichen Ablauf des 23. April 2015 hätten belegen können.

„Leider weg“, sagt Herbert Graf. Und ausgerechnet Michael N., der Wachmann ohne IHK-Sachkundeprüfung, aber einziger Belastungszeuge, wird wenige Tage nach seiner Aussage in den Stadt-Dienst befördert. Ein überraschender Schritt, der dem Arbeitgeber vom privaten Sicherheitsdienst gar nicht gefällt … laut Vertrag sind Abwerbungen explizit untersagt. Freyung verweigert die Zahlung der Vertragsstrafe in Höhe von 5.000 Euro. Im Januar 2016 zerstreiten sich beide Partner über den Fall – und sprechen sich gegenseitig Kündigungen aus. Plötzlich steht das Heim ohne Schutz da. Richter Fruth läßt sich derweil von der Lokalpresse selbstbewußt porträtieren, und schätzt sich dort privat allen Ernstes selbst „nicht als besonders gerecht und neutral“ ein *(„da Hog´n“, 10.02.2016)*. Das Landgericht Passau übernimmt den verfahrenen Fall als außenstehende Berufungsinstanz ... und ordnet an, die Beweiserhebung neu aufzurollen. Ausgang offen.

Unterdessen springt die zuständige SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Hagl-Kehl auf den Zug auf; eine anonyme Quelle mit „eindeutigem Insider-

Wissen“ habe Brandschutz-Mängel im Asylheim moniert. „Zu einer guten Verwaltung, wie wir sie in Freyung-Grafenau mit Sicherheit haben, gehört auch eine gute öffentliche Kontrolle durch Medien und Parlamente“, so Hagl-Kehl *(Hogn, 24.02.16)*. Die Volksvertreterin sticht mit ihrer Kritik in ein bereits aufs äußerste gereiztes Wespennest. Aufgeregter Widerspruch folgt aus dem Landratsamt. Klar geworden ist jedenfalls eines: Die Beteiligung einer Kommune an den Geldströmen der Asylindustrie mag für den Steuerzahler auf den ersten Blick noch das kleinere Übel darstellen … doch nicht immer sind die öffentlich Bediensteten in der Lage, ein Wirtschaftsunternehmen auch kompetent zu führen. Sich Kritiker vom Leibe zu halten, das scheinen sie aber gut zu können.

„Das Hausrecht als Mittel zum Zweck kommt da gerade recht“, schreibt JF-Autor Ronald Gläser. „Daß der Staat bei anderer Gelegenheit sehr lax damit umgeht, wenn es ihm in den Kram paßt, hat eine Demo von Kurden im NRW-Landtag am Tag nach der Verurteilung von Billy Six gezeigt: 15 PKK-Anhänger stürmten mit Öcalan-Fahnen

das Parlament und mußten von der Polizei wieder hinausgetragen werden. Obwohl sie gegen das Bannmeilengesetz und das Hausrecht verstoßen hatten, sah die Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD) von einer Anzeige ab. Drei von ihnen wurden sogar eingeladen, anschließend mit Ministern zu diskutieren.“

Unterstützungs-Aktion „SOS Asyl-Willkür“

Bitte schreiben Sie Ihre Meinung an die (Bezirks-) Regierung von Niederbayern, die das Geld an die Freyunger Asylbetreiber überweist. Bitte betonen Sie die Notwendigkeit freier und seriöser Berichterstattung über öffentlich finanzierte Projekte.

Regierung von Niederbayern
Postfach
84023 Landshut
Tel. 08 71 / 8 08 - 01
Fax 08 71 / 8 08 - 10 02
poststelle@reg-nb.bayern.de



Prof. Dr. Werner Patzelt (63), Politikwissenschaftler der TU Dresden: Kritik an offizieller Berichterstattung zur Asylkrise.



Fritz Zirngibl (61) von der Bayernpartei: „In der Immobilienbranche herrscht jetzt Goldgräber-Stimmung!“



Herbert Graf (54) frohlockt: Über ein Vierteljahrhundert Hauptamtsleiter, nun auch noch Chef des Groß-Asylheims – graue Eminenz als mächtige Nummer eins in Freyung.



Rechtsanwalt Bernd Roloff: „Wenn Sie für den Schwarzwälder Boten geschrieben hätten, dann wären Sie sicherlich hier nicht angeklagt."



AfD-Mahnwache vor dem Freyunger Amtsgericht: „Wir kämpfen für einen freien Journalismus!“ (Dezember 2015)



Richter Klaus Fruth (42) läßt sich im regionalen Mediendienst „Da Hog´n“ porträtieren – „knallhart“ und „in privater Hinsicht nicht besonders gerecht und neutral“.
(Foto: Onlinemagazin da Hog´n (www.hogn.de) 10.02.2016)

Der Autor



Billy Six, der journalistische Wadenbeißer

Billy Six, so sein echter Name, wurde 1986 in Berlin(-Ost) geboren. Nach dem Abitur 2006 wurde er 2010 IHK-geprüfter Finanzfachwirt. Seine Enttäuschung über „Bürokratie, Verlogenheit und engstarriges Leben“ machten ihn zum Dauer-Reisenden. Seine Funktionen in der

Brandenburger Kommunalpolitik (2004-2011), u.a. als Ortsvorsitzender der Jungen Union und Gemeindevertreter in Neuenhagen bei Berlin, gab er auf. Der Traum, große Mengen Gold in Schwarzafrika zu finden, erfüllte sich nicht. Dafür habe er unterwegs „zahlreiche Widersprüche zur Lehr- und Medienmeinung“ festgestellt, und seit 2008 darüber journalistische Berichte verfaßt. Reportagen aus den von Revolution und Unruhe gezeichneten Ländern Ägypten und Libyen, u.a. auch für das DEUTSCHLAND-MAGAZIN, brachten ihm ab 2011 zunehmende Aufmerksamkeit. 2012 schrieb er sein erstes Buch: „Das grüne Irrlicht“, eine kritische Biografie über den grünen Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele. Ein Speziallehrgang bei der Bundeswehr leitete eine zunehmende Spezialisierung als Kriegsreporter ein. Im September 2012 wurde er von salafistischen Rebellen in Syrien verschleppt. Von Dezember 2012 bis März 2013 saß er wegen illegaler Einreise im syrischen Gefängnis. Im Oktober 2013 war er kurzzeitig Gefangener der Hisbollah im Libanon. Im Januar 2014 wurde er

ohne Angabe von Gründen in Ägypten verhaftet und deportiert. Über die Zeit im Orient verfaßte er das Buch „Marsch ins Ungewisse“, für welches Peter Scholl-Latour noch auf dem Sterbebett das Vorwort schrieb. Von Februar 2014 bis Februar 2015 berichtete Billy Six aus verschiedenen Landesteilen der Ukraine. Internationale Aufmerksamkeit, z.B. durch Dokumentationen von RT, BBC und ZDF, erlangten seine tiefgründigen Recherchen zum Abschuß der Boeing MH-17, für die er in der internationalen Kriminalermittlung auch als Sachverständiger nach Amsterdam vorgeladen wurde. 2015 befaßte er sich mit der Migrationskrise in Deutschland und bereiste über Monate hinweg die „Balkan-Route“. Zuletzt war er zunehmend mit Videojournalismus im Netz beschäftigt. Allein die mit Film-Regisseur Marco Pino für „JF TV“ produzierte Doku „Die Flüchtlingslüge“ sahen auf verschiedenen Kanälen über 500.000 Zuschauer.



Der junge und mutige Journalist Billy Six, der als Reporter im Syrien-Krieg inhaftiert wurde und nur mit viel Glück Folter und Tod entkam ..... genau dieser Mann wurde in Deutschland vor Gericht gezerrt und verurteilt. Seine „Straftat“: Er sammelte in einem deutschen Asylantenheim Informationen für eine Reportage, die nicht in das Bild von „Friede, Freude, Eierkuchen“ paßt und deutlich macht, wie Deutschland von etlichen „Asylanten“ an der Nase herumgeführt und durch Profiteure im Hintergrund wie eine Weihnachtsgans ausgenommen wird.